

Fabrikverkauf: Limburger lassen nicht locker

Gericht Erneuter Prozess in Koblenz um geplantes Factory- Outlet-Center

Von unserem Redakteur
Thorsten Ferdinand

■ **Montabaur/Limburg.** Der Rechtsstreit um den Bau eines Factory-Outlet-Centers am ICE-Bahnhof in Montabaur ist noch immer nicht zu Ende. Vor dem Koblenzer Verwaltungsgericht wurde gestern eine erneute Klage der Stadt Limburg gegen den geplanten Fabrikverkauf im Westerwald verhandelt. Dieses Mal wehren sich die Lahnstädter gegen die Entscheidung der übergeordneten Planungsbehörde SGD Nord, eine Abweichung im sogenannten Landesentwicklungsprogramm zuzulassen. Hintergrund: Außerhalb von Innenstädten dürfen eigentlich keine großen Einkaufszentren gebaut werden. Im Falle des geplanten FOC hatten die Behörden jedoch eine Abweichung zugelassen und grünes Licht gegeben.

Die Limburger waren damit freilich nicht einverstanden und hatten schon einmal versucht, das Einkaufszentrum im ICE-Park auf einem ähnlichen Weg zu verhindern. Damals, im November 2009, verloren sie jedoch in letzter Instanz vor dem Bundesverwaltungsgericht, wo ihre Klage abgewiesen wurde. Inzwischen gilt jedoch nicht mehr das alte Landesentwicklungsprogramm (LEP III), auf dem die Entscheidung der Behörden beruhte, sondern das neue LEP IV. Und aus diesem Grund suchen die FOC-Gegner nun erneut ihr Glück vor Gericht.

Die Erfolgsaussichten der Limburger sind indes wieder gering: Der Vorsitzende Richter Christoph Gietzen deutete bereits in der mündlichen Verhandlung an, dass die Klage wohl erneut abgewiesen wird. Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts wird allerdings erst in etwa zwei Wochen schriftlich mitgeteilt.

Deutliche Worte fand Rechtsanwalt Prof. Hans-Jörg Birk, Vertreter der Stadt Montabaur, im Rahmen der Verhandlung. Er geht davon aus, dass die Limburger lediglich auf Zeit spielen, um den Bau des Fabrikverkaufs weiter zu verzögern. Dies sei kein guter Stil zwischen benachbarten Städten, kritisierte der Jurist. Die Limburger selbst waren übrigens gar nicht zum Prozess erschienen. Sie hatten

im Vorfeld um eine Verschiebung des Termins gebeten, weil der zuständige Fachanwalt verhindert war. Das Gericht hatte diesen Wunsch jedoch abgelehnt und der Kanzlei mitgeteilt, sie möge einen Vertreter schicken. Zur Verhandlung kamen aber weder Limburger Politiker noch Juristen im Auftrag der hessischen Stadt. Anwesend waren lediglich Vertreter der beklagten rheinland-pfälzischen Landesbehörde SGD Nord und der Stadt Montabaur.

Die Verhandlung dauerte ganze 20 Minuten. Die Juristen führten aus, dass die Stadt Limburg in diesem Fall wohl nicht befugt ist zu klagen. Ausgestanden wäre der Rechtsstreit damit aber noch immer nicht: Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig prüft derzeit noch, ob die Nichtzulassung einer Revision durch das Oberverwaltungsgericht Koblenz zulässig war. In diesem Fall geht es um eine Klage der Limburger gegen den Bebauungsplan der Stadt Montabaur.

Kommentar

Thorsten Ferdinand
zum erneuten
FOC-Prozess



Rechtsstreit ist Verschwendung von Steuergeld

Eines vorweg: Es geht mir nicht darum, populistisch die Stadt Limburg zu kritisieren, weil ich selbst aus dem Westerwald komme. Ich hatte zunächst durchaus Verständnis dafür, dass die Politiker der Nachbarstadt in Hessen das Factory-Outlet-Center in Montabaur verhindern wollen, um ihren eigenen Einzelhandel zu schützen. Inzwischen jedoch habe ich den Eindruck, dass hier nur noch Steuergelder verschwendet werden. Mehrere hoch bezahlte Juristen und Behördenvertreter kommen nach Koblenz, um die x-te Klage der Limburger gegen den geplanten Fabrikverkauf zu verhandeln. Das Urteil zeichnet sich bereits im Vorfeld so deutlich ab, dass die Kläger sich nicht einmal die Mühe machen, ihre Argumente persönlich vorzutragen. Offensichtlich wird hier auf Zeit gespielt. Es scheint, dass die Limburger den Bau des FOC nur noch verzögern wollen – koste es, was es wolle ...



E-Mail: thorsten.ferdinand@rhein-zeitung.net